

GEGEN DEN AfD-BUNDESPARTEITAG

29-30 JUNI 2018 IN AUGSBURG

Die AfD versucht, sich als Stimme der „kleinen Leute“ zu inszenieren. Gleichzeitig hetzt sie gegen Kolleginnen und Kollegen nicht-deutscher Herkunft und muslimischen Glaubens.

Wir weisen diese rassistischen Spaltungsversuche zurück. Unsere Alternative heißt Solidarität. Nur wenn wir uns nicht spalten lassen, können wir den Kampf für unsere sozialen Rechte gewinnen.



**SOLIDARITÄT
STATT
RASSISMUS**

DIE AfD IST NICHT DIE PARTEI DER ARBEITENDEN MENSCHEN

SOZIALSTAAT

Die AfD will einen „Nachtwächterstaat“ – das bedeutet weniger Ausgaben für Soziales, für Arbeitslose, Renten und Gesundheit, mehr privates Risiko bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. So steht es im Grundsatzprogramm. Das ist das Rezept für weitere soziale Spaltung und wachsende Armut.

RENTENKONZEPT

Ein Rentenkonzept liegt nicht vor. Jörg Meuthen, Bundessprecher der AfD, will eine „staatlich erzwungene private Vorsorge“ und eine Abkehr von der paritätisch finanzierten Rentenversicherung. Die AfD befürwortet grundsätzlich eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters.

MINDESTLOHN

Der Mindestlohn wird im Programm befürwortet, allerdings ohne eine konkrete Summe zu benennen. Die Schuld an niedrigen Löhnen sieht die Partei in der angeblichen „Massenmigration“, vor der sie Arbeitnehmer*innen schützen wolle.

ARBEITSLOSENGELD

Die AfD möchte Zwangsarbeit für Arbeitslose, „Bürgerarbeit“ genannt. Lydia Funke, Mitglied des Landtags in Sachsen-Anhalt, forderte eine Kürzung des Hartz-4-Satzes. Es gibt Anzeichen dafür, dass das Arbeitslosengeld I privatisiert werden soll und die Arbeitgeber die Arbeitslosenversicherung nicht mehr mitfinanzieren.

STEUERN

Vermögens- und Erbschaftssteuer sollen beide abgeschafft werden. Sie werden als „leistungsfeindlich“ (Meuthen) und „Neidpolitik“ (Fraktion Sachsen-Anhalt) bewertet. Die AfD will auch die Grunderwerbs- und Gewerbesteuer abschaffen. Bei der Einkommenssteuer will sie ein Stufenmodell mit 15, 20 und 25 Prozent Steuer, das parteiübergreifend abgelehnt wird, weil es die Einkommensungleichheit erheblich verschärfen würde und Reiche besonders profitieren würden.

FAMILIENPOLITIK

Frauen sind besonders häufig in der Teilzeitfalle gefangen und Alleinerziehende von einem höheren Armutsrisiko betroffen. Die AfD meint: Frauen sollen die Rolle der Mutter übernehmen, Alleinerziehende sind unerwünscht, die „traditionelle Familie“ wird idealisiert und die Solidarität mit Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgender-Personen wird unter anderem als „Frühsexualisierung und Indoktrinierung“ von Kindern abgelehnt.

SOZIALSTAAT NUR OHNE GEFLÜCHTETE?

Die AfD unterteilt Menschen in Deutsche vs. Geflüchtete/Muslime/Ausländer. Die Armut in Deutschland führt sie nicht auf falsche politische Entscheidungen zurück, die prekäre Beschäftigung und niedrige Löhne fördern, sondern sie gibt Geflüchteten die Schuld an Lohnrückerei und Altersarmut. Laut dem Fraktionsvorsitzenden der AfD im Bundestag, Alexander Gauland, und dem Thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke würde die Regierung Menschen nach Deutschland „einladen“. Eine solche Haltung ist zynisch angesichts der Folgen von Krieg, Hunger und Elend, vor denen Menschen fliehen, und sie verhöhnt die Menschen, die sich auf lebensgefährliche Wege begeben müssen, um ihr Leben zu retten.

ARBEITNEHMERVEREINIGUNGEN IN DER AfD – WIRKLICH?

Die AfD unterstützt das „Zentrum Automobil“. Diese sogenannten „Arbeitnehmervertretung“ wird vom früheren Rechtsrock-Sänger und Neonazi Oliver Hilburger geleitet. Hilburger sang bei einer Neonazi-Band, in deren Liedtexten der NS-Verbrecher Rudolf Heß gelobt und „Deutschland den Deutschen“ skandiert wurde. Gemeinsam mit der Kampagne „Ein Prozent“ wollen sie Betriebsräte unterwandern. Auf seiner Internetseite hetzt Ein Prozent gegen „Multikulturalismus“.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der AfD organisieren sich unter anderem in der Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA), deren Kopf Uwe Witt ein ehemaliger Unternehmer und Leiter des Arbeitskreises für Arbeit und Soziales in der Partei ist. Uwe Witt wütet regelmäßig gegen eine angebliche Umverteilung und spricht von „Alimentierung“ und „Ausplünderung“ der Sozialsysteme durch Geflüchtete. Zur Erinnerung: Geflüchtete erhalten in den Erstaufnahmeeinrichtungen grundsätzlich Sachleistungen und die Sozialleistungen liegen deutlich unter dem ALG-2-Niveau!

UNSERE ALTERNATIVE HEISST SOLIDARITÄT

Die Hetze der AfD kann die wahren Verantwortlichen für wachsende soziale Ungleichheit und Armut freuen: Statt über deren Politik und über die 100 Milliarden Euro, die den Staatsfinanzen Jahr für Jahr durch reiche Steuerflüchtlinge entzogen werden, wird nunmehr über die „Flüchtlingsproblematik“ geredet. Doch die Hetze der AfD ist nicht nur sachlich falsch - ihr rassistisches Gift schwächt den Kampf für soziale Gerechtigkeit und insbesondere den gewerkschaftlichen Kampf in den Betrieben. Das Motto jeder Bewegung und jeder Gewerkschaft ist: Nur gemeinsam sind wir stark, gemeinsam gewinnen wir, gespalten gehen wir in die Niederlage.

Soziale Ungleichheit und Armut sind dringliche Probleme unserer Zeit. Da müssen wir zusammenhalten. Wir meinen: Schluss mit der Stigmatisierung und Ausgrenzung von Geflüchteten, Muslimen, Arbeitslosen... Solidarität muss allen Menschen gelten. Deshalb ist der Vormarsch der AfD nicht nur ein Thema der „großen Politik“, sondern ein Thema für jede Beschäftigte und jeden Beschäftigten. Wenn wir erfolgreich für Gerechtigkeit zusammen stehen wollen, dann heißt es jetzt: „Aufstehen gegen Rassismus“.



GEGEN DEN AfD-BUNDESPARTEITAG

FREITAG 29. JUNI

19 Uhr **Fest der Solidarität** auf dem Rathausplatz

aufstehen-gegen-rassismus-augsburg@posteo.de
facebook.com/aufstehengegenrassismusaugsburg

SAMSTAG 30. JUNI

09 Uhr **Kundgebung vor Messegelände**
(vor dem AfD-Bundesparteitag)
von dort 11 Uhr **Demo** zum Rathausplatz

10 Uhr **Demo am Gewerkschaftshaus**
Ab Königsplatz zusammen zum Rathausplatz

WWW.AUFSTEHEN-GEGEN-RASSISMUS.DE/AUGSBURG